

Analyse & Debatte



Bundespolizei-Chef James Comey ermittelte gegen Donald Trump und sein Umfeld. Nun wurde er gefeuert. Foto: Kevin Lamarque (Reuters)

Der Härtetest

Der US-Präsident hat mit der Entlassung von FBI-Chef James Comey Amt und Land geschadet. Er stellt die amerikanische Demokratie auf die Probe. *Von Christof Münger*

Donald Trump hat sich den Job im Weissen Haus einfacher vorgestellt. Er fühle sich eingesperrt in einen «kleinen Kokon», sagte er kürzlich in einem Interview. Er vermisse sein altes Leben. Unbeabsichtigt gestand er damit ein, dass die Checks and Balances wirken. Das sind die Institutionen der amerikanischen Demokratie, die die Macht unter sich aufteilen und sich gegenseitig kontrollieren. Dazu gehören neben dem Präsidenten der Kongress, die Gerichte und die Bundesstaaten, aber auch die Medien.

Nach 100 turbulenten Trump-Tagen war das eine beruhigende Nachricht, hatte der Kandidat der Republikanischen Partei im Wahlkampf doch versprochen, er werde den «Washingtoner Sumpf» trockenlegen. Was immer er darunter verstand: Es ist ihm nicht gelungen, Senatoren, Richter oder Journalisten davon abzuhalten, ihren Job zu machen. Die Gerichte stoppten den verfassungswidrigen Muslumbann, der Kongress bremste Trumps Versuch, Obamacare zu pulverisieren, und die Medien haben im Zeitalter von Fake-News und «alternativen Fakten» ihre verloren geglaubte Relevanz zurückgewonnen.

Nun aber scheint es, als habe der Präsident seinen «kleinen Kokon» zerrissen: Offenbar entnervt wegen der Fragen, die Medien und Ermittler zu seinen Russlandverbindungen stellen, hat er FBI-Direktor James Comey entlassen. Die Begründung, Comey habe bei der Aufklärung von Hillary Clintons E-Mail-Affäre Fehler begangen, ist ein Witz, den man von einem humorlosen Narzissten wie Trump nicht erwartet hätte.

Denn derselbe Comey hatte wenige Tage vor der Präsidentenwahl mit der Oktoberüberraschung aufgewartet, es gebe illegal übermittelte Mails der ehemaligen Aussenministerin, von denen man bisher nicht gewusst habe. Comey, kein Freund der Clintons, brauchte darauf eine ganze Woche, um herauszufinden, dass die Mails harmlos waren. Der Schaden war angerichtet, ob wahlentscheidend oder nicht. Deshalb hatte man eine gewisse Nähe zwischen Trump und dem FBI-Boss erwartet. Doch Comey ist offenbar prinzipiell und konsequent unabhängig, so wie man es von einem hohen Beamten erwartet.

Grundsätzlich ist es dem US-Präsidenten nicht verboten, den Direktor der Bundespolizei zu ersetzen. Trump jedoch hat ein Problem, weil er

jenen Mann feuerte, der wegen der Russland-Verbindung gegen ihn ermittelt hatte. Und das just zum Zeitpunkt, als Comey beim Justizministerium um mehr Mittel bat - der Verdacht der Vertuschung liegt nahe. Der Präsident hatte sich in die Belange der Justiz eingemischt, was ihm als Vertreter der Exekutive nicht zusteht: Er hat die in einer Demokratie essenzielle Gewaltentrennung missachtet, ein Tatbestand, der aus Ländern wie Venezuela, der Türkei oder Russland bekannt ist. Nicht nur die «New York Times», die von einer «angespannten und unsicheren Zeit» schreibt, ist beunruhigt.

«You're fired» gehört zu Trump

Der Satz «You're fired» gehört jedoch zu Trump: Er war der dramaturgische Höhepunkt jeder Ausgabe seiner Realityshow «The Apprentice». Nun hat die Präsidentschaft Trumps mit der Entlassung Comeys einen dramatischen Tiefpunkt erreicht. Mit Folgen in der politischen Realität: Erstens wird der Ruf lauter nach einem Sonderermittler, der sich um die Moskau-Connection von Trump und den Seinen kümmert. Richard Nixon und Bill Clinton waren gezwungen, einen speziellen Staatsanwalt zu ernennen. Noch weigert sich Trump, und nur seine republikanischen Parteifreunde im Kongress könnten ihn dazu zwingen. Doch der Druck nimmt zu: von Medien, Demokraten und der Öffentlichkeit.

Entspannt dürfte Wladimir Putin die Ereignisse in Washington verfolgt haben. Die zweite Konsequenz der Comey-Entlassung:

Medien und FBI könnten eine Koalition der Willigen bilden.



Christof Münger
Co-Leiter Ressort International

Der Kreml konnte einen weiteren Teilsieg verbuchen, weil der US-Präsident ähnlich agierte wie ein Autokrat. Die russische Führung macht kein Geheimnis daraus, dass sie westliche Demokratien schädigen möchte. Allerdings ist unwahrscheinlicher geworden, dass sich Trump und Putin annähern und Deals zu Syrien oder der Ukraine abschliessen. Jede Konzession der USA würde den Verdacht wecken, der Präsident werde erpresst.

Drittens rückt nun, da der russische Schatten über Trump länger wird und die unangenehmen Fragen zu seinen Verbindungen nach Moskau sich häufen, vieles in den Hintergrund, was er sich vorgenommen hat. Etwa die Ablösung von Obamacare, seine Steuerreform oder die notwendige Sanierung von Brücken, Strassen und Tunnels. Wie aber kam Trump auf die Idee, dass er seine Position in der Russlandaffäre stärken würde, wenn er Comey rausschmeisst?

Inzwischen scheint es dem Präsidenten zu dämmern, welchen Risiken er sich ausgesetzt hat. Jedenfalls sah er sich am Freitag veranlasst, Comey davor zu warnen, die Medien mit Trump-Russland-Stories zu füttern. Wobei er sich wohl an Mark Felt alias «Deep Throat» erinnerte, einen anderen verschmähten FBI-Kader, der mit seinen Informationen an die Presse Präsident Nixon stürzte. Medien und FBI könnten erneut eine Koalition der Willigen bilden, was den US-Präsidenten wohl nervös macht.

Trump hat sich viertens Feinde gemacht beim FBI. Comeys Entlassung wirkt wie eine Aufforderung, die Nachforschungen zu verstärken. Und die Feds, wie die Bundesbeamten im amerikanischen Volksmund genannt werden, gelten nicht nur als effizient und integer, sie geniessen höchstes Ansehen. Anders als die CIA-Spione, die illegal operieren, sind die FBI-Beamten dem Rechtsstaat verpflichtet - egal, wie weit die Gesetze zuweilen gedehnt wurden. Auch in Hollywoodfilmen sind sie deshalb oft die Helden, seit Jahrzehnten dargestellt von Stars wie James Stewart, Sam Shepard oder Nicolas Cage.

Donald Trump hat weder sich noch seinem Land einen Gefallen getan, als er sich mit dem FBI anlegte. Nun wird sich zeigen, wie wirksam die Checks and Balances tatsächlich sind. Die Affäre um Trump und Comey wird zum Härtetest für die amerikanische Demokratie.

Gastbeitrag Finanzielle Anreize für Ärzte sind gefährlich und falsch. *Von Stephan Bachmann*

Boni im Spital sind schädlich

In der Finanzwelt erhält man Boni, also variable Lohnanteile, für Umsatzsteigerungen und manchmal auch für Verluste. Für welche Umsatzsteigerung sollen Boni an Ärzte und Ärztinnen ausbezahlt werden? Für jedes zusätzlich eingesetzte Knie oder Hüftgelenk? Für jede entfernte Gebärmutter - die braucht man ja nach der Reproduktionszeit eh nicht mehr und dann wird sie nie bösartig! Für mehr transplantierte Organe als im Vorjahr, dann bleibt der Leistungsauftrag gesichert. Für mehr stationäre Zusatzversicherte?

Die Branchenzeitschrift «FMH Flash» publizierte im Februar 2017 Zahlen aus einer bei GFS Bern in Auftrag gegebenen Studie. Ihr zufolge haben zielbezogene Bonusauszahlungen im vergangenen Jahr zwar nicht weiter zugenommen, aber nach wie vor erhalten 19 Prozent der Chefärzte und 23 Prozent der leitenden Ärzte einen Bonus. Sie machen für die Betroffenen immerhin 20 Prozent des Gesamtlohns aus.

Boni sind unethisch. Unethisch, weil sie den Patienten und sein Leiden potenziell instrumentalisieren. Unethisch auch, weil sie den behandelnden Arzt, die Indikation stellende Ärztin, in ein Dilemma führen zwischen Selbstoptimierung, Besitzstandswahrung und Patientenwohl.

Verheerende Effekte

Kaderarztverträge, aber auch Verträge für CEOs und Spitaldirektoren sollten lediglich ein Fixum enthalten, welches im Gegenzug dann aber voll sozialversichert ist. Alle erwirtschafteten Honorare sollten in die Betriebsrechnung fliessen. Insbesondere jene aus den Behandlungen Zusatzversicherter Patienten sowie aus ambulanten Leistungen. Der Betrieb muss auch für Fort- und Weiterbildungskosten aufkommen, die bisher oft aus Poolgeldern bezahlt wurden. Die Höhe des Fixums wird durch die jeweiligen strategischen Spitalorgane definiert und sollte marktgerecht sein.

Interessanterweise wird diese Sicht der Entschädigung von Kaderärzten auch durch die Wissenschaft gestützt und notabene in der US-amerikanischen Mayo Clinic und - um ein Beispiel in der Schweiz zu nennen - in der Rehab Basel seit Jahrzehnten umgesetzt. Lohnanreize bei komplexer, abwechslungsreicher und herausfordernder Tätigkeit sind laut Literatur kontraproduktiv. Die Motivation aus dem beruflichen Selbstverständnis heraus nimmt ab, die Strategien zur Bonusoptimierung nehmen zu. Beide Effekte wirken sich bei Kaderärzten verheerend aus. Weder die reduzierte Motivation ist aus Patientensicht wünschenswert noch die Optimierungsstrategien, die in der Regel zu Über- und Unterbehandlung führen. Letztere untergraben zudem das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient, was mit guter Medizin nicht vereinbar ist.

Gefahr für die Behandlungsqualität

Bereits 2005 wurde in der Zeitschrift «H+Competence» eine kritische Betrachtung publiziert und in der «NZZ am Sonntag» vom 10. März 2013 wird unsere Sichtweise unter dem Titel: «Nur feste Gehälter lösen das Problem» befürwortet. Auch die FMH hat sich in ihrem Positionspapier vom 6. November 2013 klar gegen zielbezogene Bonusvereinbarungen positioniert. Laut einem Artikel im «Bund» vom April 2017 kritisiert nun auch die Berner Regierung die Boni von Ärzten und weist auf deren Gefahren für die Behandlungsqualität hin.

Die Akademie Menschenmedizin ruft deshalb die verantwortlichen Instanzen in den Spitälern dazu auf - gestützt auf obige Begründungen -, die bestehenden Verträge mit variablen Lohnanteilen zu ändern. Damit könnten sie einen wichtigen Beitrag zur Elimination von ethischen Dilemmata für die betroffenen Ärztinnen und kostentreibenden Anreizen leisten. Nur so kann das Vertrauen in Behandlungsentscheide aufrechterhalten werden.



Stephan Bachmann
Der Direktor der Klinik Rehab Basel schreibt hier im Namen der interprofessionellen Arbeitsgruppe Akademie Menschenmedizin
www.menschenmedizin.ch